

Ein besonderer Sommer

Politik Wahlkreisabgeordneter Thorsten Frei (CDU) blickt im großen NECKARQUELLE-Interview in Berlin auf die Legislaturperiode zurück, die nun zu Ende geht. Ab nächster Woche stürzt er sich mit voller Kraft in den Bundestags-Wahlkampf. *Von Ralf Trautwein*

Der Mann ist mit-tendrin statt nur dabei. Thorsten Frei, in seiner zweiten Legislaturperiode in Berlin zum Unionsfraktions-Vize aufgestiegen, ist spätestens in dieser Funktion angekommen im Herzen der Macht. Nur wenige Bundespolitiker haben so viel Einfluss auf die aktuelle Politik wie der direkt gewählte Abgeordnete des Schwarzwald-Baar-Kreises. In der 19. Wahlperiode hat der Deutsche Bundestag mehr als 520 Gesetze beschlossen, dabei etwa ein Viertel in Freis Verantwortungsbereich, der Innen- und Sicherheitspolitik umfasst. Gegenüber der NECKARQUELLE zog der 48-Jährige ein positives Fazit der letzten vier Jahre Arbeit für die Regierung Merkel: „Wir haben extrem viel für die Sicherheit in Deutschland erreicht.“

Herr Frei, wenn man den Fernseher einschaltet, sieht man Ihr Gesicht auf dem Schirm. Sie scheinen omnipräsent zu sein! Hier ein Statement, dort ein Interview. Und außerdem sind Sie inzwischen auch noch einer der Top-Redner im Bundestag. Sie haben sogar, während die deutsche Nationalmannschaft gekickt hat, eine Rede über die Afghanistan-Politik ihrer Fraktion gehalten...

Thorsten Frei: Ja, es ging um die lokalen Ortskräfte in Afghanistan, die für uns gearbeitet haben. Die sind im eigenen Land gefährdet, weil sie für eine ausländische Regierung tätig wurden. Und so ging es um entsprechende Aufnahmeprogramme. Das war eine kurze, halbstündige Debatte.

„Da ich so gerne Wahlkampf mache, brauche ich gar keine Erholung.“

Nach dieser letzten Sitzungswoche wird für Sie nach einer kurzen Phase der Erholung auch schon der Bundestagswahlkampf beginnen. Am 26. September wird ein neuer Bundestag gewählt.

Frei (lacht): Da ich so gerne Wahlkampf mache, brauche ich gar keine Erholung! Ich schließe noch meine Tour durch die 25 Städte und Gemeinden des Wahlkreises ab. Und nächste Woche beginnt dann schon der eigentliche Wahlkampf. Natürlich habe ich mit Blick darauf in den letzten Wochen schon an technischen Dingen gearbeitet. Auch an Terminplanungen. Für den 9. Juli haben wir ein Pressegespräch zur Wahlkampföffnung vorgesehen. Ich werde allerdings im August mindestens zweimal nach Berlin kommen

müssen. Das steht jetzt schon fest. Und auch Anfang September werden wir hier noch einmal zwei Plenartage haben, wo alle Abgeordneten anreisen müssen.

Aber das läuft nebenher. Ab sofort geht es für Sie wieder ums Direktmandat.

Frei: Ja. Ich habe aber außerdem zusätzlich eine ganze Reihe von Wahlkampfterminen, die ich für und mit Kollegen bestreiten werde.

Das ist jetzt neu – es muss sein, weil sie zu einem der Vizevorsitzenden der Fraktion aufgestiegen sind. Damit sind Sie nun quasi ein Partei-Promi, der anderen mit seinem Glanz zu mehr Stimmen verhelfen soll.

Frei: Also soweit würde ich jetzt tatsächlich nicht gehen! Ich glaube, dass ich dem einen oder anderen Kollegen da helfen kann, wo es um Themen der Inneren Sicherheit geht. Ich werde in diesem Zusammenhang vor allem in Baden-Württemberg viele Termine absolvieren. Aber ich habe tatsächlich auch Termine in Bayern, in Sachsen-Anhalt und in anderen Bundesländern. Insofern muss ich noch mehr als sonst schauen, dass ich effizient bin und alle Verpflichtungen erfülle.

Dann hat Ihre Frau schon ein Bild von Ihnen aufgehängt, damit sie nicht vergisst, wie Sie aussehen?

Frei: Meine Frau weiß natürlich, dass ein Wahlkampfsummer immer ein besonderer Sommer ist. Das ist eben anders als sonst. Das akzeptiert sie, auch weil es klar ist, dass man in Wahlkampfzeiten als Politiker unterwegs ist.

Bei der letzten Bundestagswahl haben Sie auf Landesebene ein richtig starkes persönliches Resultat erzielt. Nach Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, der ja praktisch außer Konkurrenz läuft, haben Sie unter den CDU-Bewerbern die meisten Wählerstimmen erhalten. Ist es nun, wo Schäuble auch wieder antritt, Ihr erklärtes Ziel, erneut die Nummer Zwei in Baden-Württemberg zu werden?

Frei: Also das war damals schon ein sehr gutes Ergebnis – bezogen auf die CDU. Wengleich ich mir, wenn ich die Zahlen im Schwarzwald-Baar-Kreis angeguckt habe, schon mehr Stimmen gewünscht hätte damals. Das war für uns als Union halt kein so tolles Ergebnis...

Sie waren eben verwöhnt bis dahin.

Frei: Vielleicht schon ein bisschen. Ich würde natürlich schon wieder gerne ein sehr gutes Ergebnis holen. Der Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal gehört aus Unionssicht sicherlich zu den guten Wahlkreisen in Baden-Württemberg, doch per se nicht zu den stärksten. Wenn ich da nur an die ober-



Thorsten Frei vor seinem Arbeitsplatz: Mit großem Fleiß und viel Beharrlichkeit hat sich der ehemalige Donaueschinger Oberbürgermeister im Berliner Politikbetrieb eine einflussreiche Position erarbeitet. *Fotos: Privat/Ralf Trautwein*

schwäbischen Kreise denke. Und an die Schwäbische Alb. Das ist für die Union ein noch besseres Pflaster.

„Das Masken-Thema hat unsere Glaubwürdigkeit unterminiert.“

Nun geht es ja nicht allein um die Person Thorsten Frei, die durch ihre politische Arbeit überzeugen will. Es geht auch um die CDU, die dem Wähler ein Wertangebot macht und schwere Monate mit Maskenskandal und Kanzlerstreit hinter sich hat. Wo steht die Union derzeit?

Frei: Momentan sind wir, glaube ich, in einer verhältnismäßig guten Situation. Wir hatten keinen guten Start in das Wahljahr. Das muss man wirklich sagen. Es ist doch vieles zusammen gekommen. In der zweiten Hälfte der Pandemiebekämpfung haben viele Dinge nicht mehr so gut geklappt, wie wir uns das gewünscht haben. Wir haben hier in Berlin zwar enorme Geldsummen bewilligt, doch hat es häufig zu lange gedauert, bis dieses Geld auch zu den Adressaten gekommen ist: zu Einzelhändlern, Gastronomen, Unternehmern. Und mit dem Masken-Thema hatten wir auch ein ganz gravierendes hausgemachtes Problem.

Ein heißer Sommer

Der Wahlkreis „Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal“ ist ungefähr 120 Kilometer von der Landeshauptstadt Stuttgart und 700 Kilometer von der Bundeshauptstadt Berlin entfernt. Hier befindet sich das „Zentrum der Macht“, hier arbeiten Bundestag und Regierung. Unter anderem Thorsten Frei, der direkt gewählte Abgeordnete der CDU, der es in seiner zweiten Legislaturperiode zu einem der Vizevorsitzenden der Unionsfraktion gebracht und damit an politischer Bedeutung zugelegt hat. Derzeit bereitet sich Frei auf einen heißen Sommerwahlkampf vor. In den 13 Städten und zwölf Gemeinden des Wahlkreises leben 227 000 Menschen, wobei den größten Anteil an der Bevölkerung die Städte Villingen-Schwenningen mit 81 200 Einwohnern und Donaueschingen mit 21 200 Einwohnern haben. Mit Thorsten Frei bewirbt sich unter anderem erneut Dr. Marcel Klinge (FDP) ums Direktmandat, für die SPD geht Derya Türk-Nachbaur ins Rennen, für die Grünen Thomas Bleye und für die AfD Martin Rothweiler. *rat*

Da muss man gar nicht um den heißen Brei herumreden: Das hat unsere Glaubwürdigkeit unterminiert.

Und dann noch der Machtkampf zwischen Laschet und Söder...

Frei: Wenn man das auch noch berücksichtigt, dann sind wir ganz gut aus dieser schwierigen Situation rausgekommen. Und jetzt ist auch eine weitgehende Normalisierung des Lebens wieder möglich. Das tut der Stimmung im Land gut. Das ist ganz natürlich, das merkt man ja auch an sich selbst. In den letzten Umfragen haben wir kontinuierlich hinzugewonnen. Die Grünen, die bei dieser Wahl sicherlich die größte Herausforderung für uns darstellen, sind eher in die umgekehrte Richtung gegangen.

Dann können Sie sich ja entspannen.

Frei: Wir haben noch eine hohe Volatilität in der Politik. Da muss man sehr vorsichtig sein. Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU wird uns helfen, diesen Wahlkampf zu bestreiten. Weil es, glaube ich, wirklich gelungen ist, nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Sondern auch, weil wir dort, wo unsere Themen liegen, starke Positionen einnehmen. Zum Beispiel im Bereich der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Familienpolitik und natürlich auch bei den Sicherheitsthemen.

Die CDU steht im Ruf, sie mache Politik nur für die Älteren. Gerade im Zuge des Pandemie-Managements wurde dieser Vorwurf häufig laut.

Frei: Wir sind eine Volkspartei. Wir versuchen daher, alle Altersgruppen anzusprechen. Das

gelingt uns ganz gut. Auch wenn man nicht leugnen kann, dass wir bei den letzten Wahlen – auch bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg – bei den Jungen schlecht abgeschnitten haben. In den aktuellen Meinungsumfragen vor der Bundestagswahl kann man allerdings sehen, dass wir gerade bei den Jüngeren wieder deutlich zugelegt haben.

Was glauben Sie – wie haben Sie das geschafft?

Frei: Manche Themen sind ja nicht auf den ersten Blick Themen für junge Leute. Wenn ich zum Beispiel die „Schwarze Null“ nehme – was die politische Konkurrenz gerne als unseren „Fetisch“ abqualifiziert – hier geht es um nichts anderes als um generationengerechte Politik! Es geht darum, den Nachfolgenden nicht nur Schulden zu hinterlassen. Wir müssen die Dinge, die wir uns heute leisten, auch heute bezahlen.

„Es geht darum, den Nachfolgenden nicht nur Schulden zu hinterlassen.“

Dabei ist der Schuldenstand des Bundes seit Pandemiebeginn um 35 Prozent angestiegen und liegt so hoch wie nie zuvor.

Frei: Normalerweise liegt der Bundeshaushalt bei 320 bis 350 Milliarden Euro. Der aktuelle Nachtragshaushalt hat ein Volumen von 540 Milliarden. Den durch Corona überschießenden Teil finanzieren wir durch Verschuldung. Ja, wir haben ganz enorm Schulden gemacht. →



Der „Chef“ und sein Kernteam: Auf seine „Berliner“ Yvonne Witzmann und Büroleiter Christian Friedrich kann sich Thorsten Frei schon seit Jahren hundertprozentig verlassen.

Und das ist ein Problem.

Frei: Wir profitieren dabei davon, dass wir in den vergangenen zehn Jahren Altschulden getilgt und unsere Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 80 auf 58 Prozent reduziert haben. Das ist eine einzigartige Leistung unter vergleichbaren Industriestaaten. Jetzt haben wir innerhalb kürzester Zeit allerdings vieles von dem wieder aufgebraucht.

Würden Sie sagen, die Verschuldung im Zuge des Corona-Managements war „alternativlos“?

Frei: Wichtig ist auch mit Blick auf junge Leute, dass wir zwei Dinge gemacht haben: Dass wir viel Geld in die Hand genommen haben, um gesunde Unternehmen durch die Krise zu bringen. Und dass wir durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes die Arbeitslosenquote stabil halten konnten. Und zwar auf einem sehr, sehr, niedrigen Niveau. Deutschlandweit und auch bei uns in der Region. Mit dem großen Hilfspaket vom vergangenen Sommer haben wir außerdem 50 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen ausgegeben, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Da war Geld dabei für Digitalisierung, für Elektromobilität, für Quantencomputing oder auch für eine Wasserstoffstrategie. Damit haben wir eine Grundlage für ein Wachstum aus der Krise heraus gelegt. Für ein Wachstum, das wir brauchen, um die neuen Schulden auch wieder zurückzahlen zu können.

Die Corona-Schulden mögen eine Sache sein. Auf der anderen Seite hat ein gravierender Wandel in Gesellschaft und Arbeitsmarkt eingesetzt: Die geburtenstarken Jahrgänge sind im Begriff, sich von Einzahlern in die Sozialsysteme in Leistungsnehmer zu verwandeln. Sie werden nicht nur im Arbeitsmarkt fehlen, sondern auch in höherem Umfang Ruhegelder beanspruchen und sich mit einer höheren Nachfrage nach Gesundheitsleistungen bemerkbar machen. Diese Problematik kriegt doch – einmal über die nächsten vier Jahre Regierungszeit hinausgedacht – keine Bundesregierung seriös in den Griff. Auch keine unionsgeführte Regierung...

Frei: Das sind die ganz großen Probleme! In den 1960er-Jahren hatten wir doppelt so viele Geburten wie heute. Im Klartext bedeutet das: Wenn diese geburtenstarken Jahrgänge den Arbeitsmarkt verlassen, dann kommen nur halb so viele nach. Allerdings haben wir eine enorme Transformation in der Arbeitswelt, die sich in einem hohen Maß an Technisierung und Digitalisierung niederschlägt. Ich sehe das auch, wenn ich im Wahlkreis Unternehmen besuche. Prozesse werden verschlankt. Das war auch schon vor der Pandemie bei uns ein Riesenthema – „Wie löse ich den Arbeitskräftemangel?“

Und – wie geht das?

Frei: Wir werden flexibler werden müssen. Es gibt Erfahrungsberichte, in denen man mit fortschreitendem Alter sogar besser wird...

Sie sprechen jetzt ganz bestimmt von Politikern und Journalisten!

Frei: (lacht) Zumindest muss man hier nicht schlechter werden! – Aber im Ernst: Man wird Abschied von der Vorstellung nehmen müssen, entweder 100 Prozent oder eben gar nicht mehr zu arbeiten. Nach einem langen Berufsleben kann man, wenn die Arbeit noch Spaß macht, eventuell noch 30, 40 oder 50 Prozent arbeiten. Das wird in vielen Berufen möglich sein. Da, wo es Arbeitnehmer und Arbeitgeber wollen, sollte man so verfahren. Die „Fallbeisituation“ von 100 auf Null, wie wir sie heute in Deutschland haben, ist keine wirklich gute Lösung.

Die Menschen sollen unter dem Strich länger arbeiten.

Frei: Rentenpolitik basiert auf Verlässlichkeit. Einem jungen Menschen kann man noch sagen: Sorg' für dein Alter vor! Einem 55-Jährigen braucht man das nicht sagen. Da sind die Grundpfeiler für den ökonomischen Status im



Alter schon gesetzt. Deshalb kann man hier nur langfristig vorgehen. Und man darf keine revolutionären Veränderungen in diesem Bereich vornehmen. Man muss behutsam vorgehen.

„Die Rente ist sicher“, hat der ehemalige CDU-Minister Norbert Blüm gesagt.

Frei: Ja, ich weiß. Aber unsere Rentenversicherung, die auf dem Umlageprinzip beruht, erfordert eben zwei Dinge: Erstens, dass möglichst viele Menschen in Arbeit sind und einbezahlen, und zweitens, dass die Bevölkerung grundsätzlich stabil ist.

Neuen Studien zufolge soll die von Ihnen angesprochene Transformation der Wirtschaft tatsächlich auch neue Jobs schaffen. Der Haken daran ist für unsere Region aber wohl, dass diese nicht in bei uns starken Branchen Automotive und Maschinenbau entstehen sollen, sondern eher in Bereichen wie Logistik oder Lagerwirtschaft. Gefährdet das nicht unseren Wohlstand auch im Schwarzwald-Baar-Kreis?

Frei: Ich bin mir der damit verbundenen Herausforderungen bewusst. Unsere Region hat schon erlebt, wie unglaublich schnell ein Strukturwandel greifen kann – bei der Uhrenindustrie etwa. Oder bei der Unterhaltungselektronik. Bei solchen Prozessen kommt es immer darauf an, dass man einen kühlen Kopf behält. Transformationsprozesse sind ganz natürlich. Klar: Dass der Verbrennungsmotor, speziell der Diesel, so runterargumentiert wird, dafür gibt es keine inhaltliche Begründung. Wir bauen hier den besten Diesel der Welt. Und viele unserer regionalen Firmen beteiligen sich daran.

„Wir sollten nicht an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen.“

Beim Umstieg auf Elektroautos wird vielen unserer Betrieben die Wertschöpfung verloren gehen.

Frei: Ja. Ein Elektrofahrzeug hat unter dem Strich nicht automatisch den besseren ökologischen Fußabdruck. Da hängt es nicht zuletzt ja auch davon ab, woher der Strom kommt, mit dem es betrieben wird. Und außerdem braucht man Lösungen für die Batterien. Ein sauberer Verbrennungsmotor hat eine bessere Ökobilanz als viele Elektrofahrzeuge. Das belegen Studien. Wir sollten nicht an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen. Mit dieser Aussage möchte ich jetzt nicht Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes relativieren. Aber wir sollten stets eine Kosten-Nutzen-Rechnung anstellen und die Konsequenzen für die Menschen bedenken.

Was für ein Auto werden Sie im Wahlkampf fahren?

Frei: Diesel. Einen Mercedes Diesel. Einen sauberen Diesel.

Wie stehen Sie zum Kanzlerkandidaten der Union, zu Armin Laschet?

Frei: Natürlich sehen wir uns hier regelmäßig, weil Armin Laschet oft in Berlin ist.

Sind Sie beide per Du miteinander?

Frei: Ich bin mit ihm per Sie. Bei anderen mag das anders sein. Aber so viel haben wir bis jetzt noch nicht miteinander zu tun gehabt, dass es zum „Du“ geführt hätte. Allerdings haben wir bei der Aufstellung des Wahlprogramms eng zusammen gearbeitet.

Wäre es in einer neuen Bundesregierung – vorausgesetzt, die Union ist dabei – nicht mal wieder Zeit für einen baden-württembergischen Minister? Oder muss man die Bayern dafür entschädigen, dass sie keinen



„Abgeordnetenlaufbahn“: Thorsten Frei hat in Berlin seinen Weg gemacht. Und der soll noch lange nicht zu Ende sein. Bei der Bundestagswahl im September will der CDU-Mann erneut gut abschneiden.



Im Jakob-Kaiser-Haus befindet sich Thorsten Freis Dienstsitz. Als Unionsfraktions-Vize steht ihm ein „Funktionsbüro“ zu, das größer ist als normale Abgeordnetenbüros, die auf mehrere Gebäude rund um den Reichstag verteilt sind. Frei hat sogar einen Balkon mit Blick auf die Spree. Einer seiner Vorgänger in diesem Büro war unter anderem CDU-Landeschef Thomas Strobl.

Kanzlerkandidaten stellen durften?

Frei: Zunächst müssen wir mal soweit kommen, dass wir bei der Regierungsbildung dabei sind. Dann kommt es darauf an, wie eine neue Regierung aussehen wird. Natürlich sollten wir als großes Bundesland auch entsprechend berücksichtigt werden. Immerhin kommt aus Ba-

„Ich bin mit Armin Laschet per Sie. Bei anderen mag das anders sein.“

den-Württemberg der Bundestagspräsident. Der wird bei den Ministern mitgerechnet. Und zu Beginn der Legislaturperiode haben wir mit Volker Kauder auch den Fraktionsvorsitzenden gestellt. Dessen politische Bedeutung ist sicherlich höher als die der allermeisten Minister.

Aber Luft nach oben wäre schon noch. Immerhin ist Ihre Landesgruppe nach der Nordrhein-Westfalens die größte.

Frei: Wir sind als CDU Baden-Württemberg derzeit in Berlin sicherlich nicht so vertreten, wie wir glauben, dass es uns zusteht in Bezug auf unsere Größe. Im neuen Bundestag gilt es daher darauf zu achten, dass möglichst viele Baden-Württemberger in Positionen kommen, in denen sich auch für unser Land das Bestmögliche erreichen lässt. Wir haben das letzte Mal alle 38 Direktmandate in Baden-Württemberg gewonnen. Insofern ist unsere Landesgruppe hier in Berlin schon eine Macht.

Am Wahntag werden wir schlauer sein. Dennoch spricht bei der Bildung einer neuen Bundesregierung vieles für die Farben Schwarz und Grün. Vielleicht kommt auch noch Gelb dazu.

Frei: Wir haben in der letzten Zeit gesehen, wie wechselhaft die Umfragewerte sind. Auch bei uns. Man muss daher schon unterschiedliche Konstellationen ins Kalkül ziehen. Die bevorstehende Bundestagswahl dürfte eine Richtungsentscheidung werden: Will man eine bürgerliche Regierung haben oder eine dezidiert linke Koalition, bestehend aus Rot-Rot-Grün? Ein solche Linkskoalition würde mit Sicherheit eine andere Politik machen als wir. Das hätte ganz konkrete Auswirkungen auf das Lebensumfeld jedes Einzelnen.

Was sagen Sie zu einer möglichen Jamaika-Koalition, bestehend aus Union, Grünen und Liberalen?

Frei: Drei Partner in der Regierung sind sicherlich schwieriger als nur zwei. Aber schon vor vier Jahren war eine Jamaika-Koalition möglich, die dann nicht an uns gescheitert ist. Für uns war das schon damals ein sehr interessantes Modell.

FDP-Chef Christian Lindner wollte seinerzeit ja „lieber nicht regieren als falsch regieren“. Wie ist in diesem Kontext denn die Ära Merkel zu bewerten? Hat die Kanzlerin in den letzten 16 Jahren „falsch“ regiert?

Frei: Nein. Mit Sicherheit nicht. Sie hat eine ganz enorme politische Leistung vollbracht. Auch wenn nicht alles perfekt gewesen sein mag: Ich glaube schon, dass die Leute spüren, dass wir unter dem Strich gut regiert worden sind. Wenn man sich die nackten Zahlen anschaut, wie sich beispielsweise Wirtschafts- und Kaufkraft entwickelt haben, dann wird klar, dass die letzten Jahre sehr gute Jahre für Deutschland waren.

Wie waren für Sie persönlich die letzten vier Jahre hier in Berlin?

Frei: Sehr anspruchsvoll. Aber auch sehr befriedigend. Ich verantworte in der Unionsfraktion ja insbesondere Innen- und

Rechtspolitik. Das sind die beiden Gebiete mit den meisten Gesetzgebungsvorhaben. Es waren fast 60 Gesetze im Bereich der Innenpolitik und über 70 im Bereich der Rechtspolitik. Das ist enorm viel. Deswegen ist es toll, hier auch gestaltend mitarbeiten zu können. Manchmal ist es auch anstrengend, weil die Ergebnisse ja nicht auf dem Silbertablett serviert werden. Meist gehen harte Verhandlungen auch mit dem Koalitionspartner voraus. Und auch kontroverse Debatten in der eigenen Fraktion. Diese ist groß, da gibt's eben auch unterschiedliche Positionen.

Was war Ihr wichtigstes Gesetz? Die „Bundesnotbremse“?

Frei: In diesem und im letzten Jahr war ich insbesondere an den Bevölkerungsschutzgesetzen beteiligt, an der jeweiligen Novellierung des Infektionsschutzgesetzes. Das war wegen des starken Zeitdrucks sehr anspruchsvoll. Sie haben die „Bundesnotbremse“ angesprochen: Da haben wir viele Maßnahmen drin, die die Grundrechte enorm einschränken. So etwas mussten wir noch nie machen. Das beansprucht schon sehr, und es ist auch nicht so, dass man das mit Leichtigkeit täte.

„Das war ein gewaltiger Sprung nach vorne in der Migrationspolitik.“

Leicht kamen vor Corona auch nicht die Gesetze zur Migration zustande.

Frei: Ja, beim großen Migrationspaket war ich Verhandlungsführer. Das waren insgesamt acht Gesetze, darunter zwei ganz wichtige: das Geordnete-Rückkehr-Gesetz und das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz. Das sind zwei Grundpfeiler unserer Politik. Das war ein gewaltiger Sprung nach vorne in der Migrationspolitik.

Thorsten Frei im Profil

Thorsten Frei wurde 2013 in den Bundestag gewählt und 2018 einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag. Dadurch gewann er enorm an Einfluss auf die Bundespolitik. Zuvor war der heute 48-Jährige neun Jahre lang Oberbürgermeister Donaueschingens. Seine Karriere hatte der Jurist als Regierungsrat im Staatsministerium Baden-Württemberg begonnen. Christdemokrat Frei, der aus Bad Säckingen stammt, saß im Gemeinderat seiner Heimatstadt und führte den CDU-Kreis Waldshut. Heute ist er CDU-Kreisvorsitzender Schwarzwald-Baar und stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg. Zwischendurch saß er auch zehn Jahre lang im Kreistag, wo er die CDU-Fraktion führte. *rat*